

AMTSBLATT DER BUNDESSTADT BONN

53. Jahrgang

1. September 2021

Nummer 57

Inhalt	Seite
5. Satzung zur Änderung der Satzung über die Errichtung, Unterhaltung und Benutzung von Obdachlosenunterkünften in der Bundesstadt Bonn	845
6. Satzung zur Änderung der Gebührenordnung für die Benutzung der Obdachlosenunterkünfte in der Bundesstadt Bonn	845
Öffentliche Zustellung nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 07.03.2006 (GV NRW S. 94/SGV NRW 2010) in der zurzeit gültigen Fassung	845 f.
– Zustellung von Bescheiden (Kassen- und Steueramt)	
Aufforderung zur Einreichung von Kreiswahlvorschlägen für die Landtagswahl am 15. Mai 2022“	847 ff.

5. Satzung zur Änderung der Satzung über die Errichtung, Unterhaltung und Benutzung von Obdachlosenunterkünften in der Bundesstadt Bonn

Der Rat der Bundesstadt Bonn hat in seiner Sitzung am 16. August 2021 die Dringlichkeitsentscheidung der Oberbürgermeisterin mit einem Ratsmitglied gemäß § 60 Absatz 1 Satz 2 GO NRW vom 28.07.2021 zur vorstehenden Satzung genehmigt.

Bonn, den 19. August 2020

Dörner
Oberbürgermeisterin

6. Satzung zur Änderung der Gebührenordnung für die Benutzung der Obdachlosenunterkünfte in der Bundesstadt Bonn

Der Rat der Bundesstadt Bonn hat in seiner Sitzung am 16. August 2021 die Dringlichkeitsentscheidung der Oberbürgermeisterin mit einem Ratsmitglied gemäß § 60 Absatz 1 Satz 2 GO NRW vom 28.07.2021 zur vorstehenden Satzung genehmigt.

Bonn, den 19. August 2020

Dörner
Oberbürgermeisterin

Öffentliche Zustellung nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 07.03.2006 (GV NRW S. 94/SGV NRW 2010) in der zurzeit gültigen Fassung

Der Bescheid (Aktenzeichen: 2000.3607.8468 HaB) der Bundesstadt Bonn – Amt 21-30 – vom 16.08.2021

für **Mehmed Mehmed**, ehemaliger Gesellschafter der **Beysim Shaban und Mehmed Mehmed GbR**, früher wohnhaft Maarstr. 147, 53227 Bonn, jetzt unbekanntes Aufenthaltes, liegt zur Abholung durch den Empfänger oder eines Bevollmächtigten während der Dienststunden im Kassen- und Steueramt im Stadthaus, Berliner Platz 2, 53111 Bonn, Etage 14 A bereit.

Das oben genannte Schriftstück wird hiermit gemäß § 10 Verwaltungszustellungsgesetz NRW (VwZG) öffentlich zugestellt. Es gilt gemäß § 10 Abs. 2 letzter Satz VwZG als zugestellt, wenn seit dem Tag der Bekanntmachung dieser Benachrichtigung zwei Wochen vergangen sind.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung Fristen in Gang setzen kann, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Bonn, den 24.08.2021

Die Oberbürgermeisterin
Im Auftrag
gez. Hammerer

Öffentliche Zustellung nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 07.03.2006 (GV NRW S. 94/SGV NRW 2010) in der zurzeit gültigen Fassung

Der Bescheid (Aktenzeichen: 00009822ZV0012 EAO v. 27.07.2021) der Bundesstadt Bonn – Amt 21-12 – vom 27.07.2021

für Rafael Querino dos Santos, früher wohnhaft Waldstr. 187 a, 51147 Köln, jetzt unbekanntem Aufenthaltes, liegt zur Abholung durch den Empfänger oder eines Bevollmächtigten während der Dienststunden im Kassen- und Steueramt im Stadthaus, Berliner Platz 2, 53111 Bonn, Etage 15 A bereit.

Das oben genannte Schriftstück wird hiermit gemäß § 10 Verwaltungszustellungsgesetz NRW (VwZG) öffentlich zugestellt. Es gilt gemäß § 10 Abs. 2 letzter Satz VwZG als zugestellt, wenn seit dem Tag der Bekanntmachung dieser Benachrichtigung zwei Wochen vergangen sind.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung Fristen in Gang setzen kann, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Bonn, den 24.08.2021

Die Oberbürgermeisterin
Im Auftrag
gez. S. Lehmacher

B e k a n n t m a c h u n g

Aufforderung zur Einreichung von Kreiswahlvorschlägen für die Landtagswahl am 15. Mai 2022

Aufforderung zur Einreichung von Kreiswahlvorschlägen

Gemäß § 19 des Landeswahlgesetzes (LWahlG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. August 1993 (GV. NRW. S. 516), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Februar 2021 (GV. NRW. S.189), in Verbindung mit § 22 der Landeswahlordnung (LWahlO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 548, 964), zuletzt geändert durch Verordnung vom 15. Juni 2021 (GV. NRW. S. 790), fordere ich hiermit auf, Kreiswahlvorschläge für die am 15. Mai 2022 stattfindende Landtagswahl in den Wahlkreisen

30 Bonn I
und
31 Bonn II

einzureichen.

1 Einreichungsfrist

Die Kreiswahlvorschläge müssen bis zum **17. März 2022, 18 Uhr (Ausschlussfrist)**, bei der Kreiswahlleiterin, Bürgerdienste der Bundesstadt Bonn, Wahlamt (33-0), Stadthaus Etage 4 B, Berliner Platz 2, 53111 Bonn, schriftlich eingereicht werden.

Sie sind nach Möglichkeit so frühzeitig zu übergeben, dass etwaige Mängel, die die Gültigkeit der Kreiswahlvorschläge berühren, rechtzeitig behoben werden können.

2 Wahlvorschlagsrecht / Inhalt und Form der Kreiswahlvorschläge

Kreiswahlvorschläge können sowohl von Parteien als auch von einzelnen Wahlberechtigten und von Gruppen von Wahlberechtigten eingereicht werden.

Bewerbende dürfen – unbeschadet einer Bewerbung in einer Landesreserveliste – nur in einem Wahlvorschlag benannt werden.

Die Wahlvorschläge sollen nach dem Muster der Anlage 11 a der LWahlO eingereicht werden.

Sie müssen enthalten

- Familiennamen, Vornamen, Beruf, Geburtsdatum, Geburtsort und Anschrift (Hauptwohnung), E-Mail-Adresse oder Postfach der bewerbenden Person,
- den Namen der einreichenden Partei und, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwendet, auch diese, bei anderen Kreiswahlvorschlägen deren Kennwort,
- den Wahlkreis.

Die Wahlvorschläge sollen ferner Namen und Anschriften der Vertrauensperson und der stellvertretenden Vertrauensperson enthalten. Fehlt diese Bezeichnung, so gilt die

Person, die als erste unterzeichnet hat, als Vertrauensperson, und diejenige, die als zweite unterzeichnet hat, als stellvertretende Vertrauensperson.

In einem Wahlvorschlag darf nur aufgenommen werden, wer hierzu seine Zustimmung erteilt hat; die Zustimmung ist unwiderruflich.

Die erforderlichen Formblätter für die Einreichung der Kreiswahlvorschläge werden beim Wahlamt, Stadthaus Berliner Platz 2, 53111 Bonn, kostenlos bereitgehalten. Auf Wunsch, möglichst nach vorheriger Terminabsprache, findet auch eine Beratung der Wahlvorschlagsträger statt.

Kreiswahlvorschläge von Parteien sind von mindestens drei Mitgliedern des Vorstandes des Landesverbandes, darunter der vorsitzenden Person oder deren Stellvertretung, persönlich und handschriftlich zu unterzeichnen. Hat eine Partei in einem Land keinen Landesverband oder keine einheitliche Landesorganisation, so müssen die Kreiswahlvorschläge von den Vorständen der nächstniedrigen Gebietsverbände, in deren Bereich der Wahlkreis liegt, unterzeichnet sein (§ 19 LWahlG).

Bei anderen Kreiswahlvorschlägen haben drei unterzeichnende Personen des Wahlvorschlages ihre Unterschriften auf dem Kreiswahlvorschlag selbst zu leisten.

Parteien, die nicht im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag ununterbrochen seit deren letzter Wahl vertreten sind oder deren Parteieigenschaft nicht bei der letzten Wahl zum Deutschen Bundestag festgestellt worden ist, können einen Wahlvorschlag nur einreichen, wenn sie nachweisen, dass sie einen nach demokratischen Grundsätzen gewählten Vorstand, eine schriftliche Satzung und ein Programm haben.

Kreiswahlvorschläge der Parteien, die nicht im Deutschen Bundestag oder im Landtag Nordrhein-Westfalen ununterbrochen seit deren letzter Wahl vertreten sind, müssen außerdem von mindestens 100 wahlberechtigten Personen **des jeweiligen Wahlkreises** persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein; dies gilt auch für Wahlvorschläge von Wählergruppen und Einzelbewerbenden. Die Wahlberechtigung der unterzeichnenden Personen muss im Zeitpunkt der Unterzeichnung gegeben sein und ist bei Einreichung des Kreiswahlvorschlages nachzuweisen.

Die Unterschriften sind auf amtlichen Formblättern nach Anlage 14 a der Landeswahlordnung unter Beachtung folgender Vorschriften einzureichen:

- Die Formblätter werden auf Anforderung von der Kreiswahlleiterin kostenfrei zur Verfügung gestellt.
- Die wahlberechtigten Personen, die einen Kreiswahlvorschlag unterstützen, müssen die Erklärung auf dem Formblatt **persönlich und handschriftlich** ausfüllen; neben der Unterschrift sind Familienname, Vornamen, Geburtsdatum und Anschrift (Hauptwohnung) der unterzeichnenden Person sowie der Tag der Unterzeichnung in deutlich lesbarer Schrift (Druckschrift) anzugeben.
- Für jede unterzeichnende Person ist auf dem Formblatt eine Bescheinigung beizufügen, dass die Person im Zeitpunkt der Unterzeichnung im Wahlkreis wahlberechtigt ist.
- **Wahlberechtigte Personen dürfen nur einen Kreiswahlvorschlag unterzeichnen;** hat jemand mehrere Kreiswahlvorschläge unterzeichnet, so ist diese Unterschrift auf allen weiteren Kreiswahlvorschlägen ungültig.

Kreiswahlvorschläge von Parteien dürfen erst **nach** Aufstellung der Bewerbenden durch eine Mitglieder- oder Vertretendenversammlung unterzeichnet werden. Vorher geleistete Unterschriften sind ungültig.

Bewerbende für die Wahlkreise 30 Bonn I und 31 Bonn II können in einer gemeinsamen Mitglieder- oder Vertretendenversammlung gewählt werden.

3 Entscheidung über die Zulassung der Kreiswahlvorschläge

Über die Zulassung der Kreiswahlvorschläge entscheidet der gemeinsame Kreiswahlausschuss für die Wahlkreise 30 Bonn I und 31 Bonn II am Dienstag, den 22. März 2022, 16 Uhr, im Stadthaus, Berliner Platz 2, Sitzungssaal 1, 53111 Bonn. Die Sitzung ist öffentlich.

Dörner
Kreiswahlleiterin